durch die unbefugte Benutzung des Mopeds kein großer Schaden zugefügt worden. Insoweit ergab sich aus den Folgen der Handlung sowie der Schuld des Täters, daß das Vergehen des Beschuldigten nicht als erheblich gesellschaftswidrig anzusehen war. Die über die Persönlichkeit des Jugendlichen getroffenen Feststellungen (Vernehmungen des Beschuldigten, seiner Eltern und anderer Personen; Auskünfte des Organs Jugendhilfe) ließen keinen Zweifel an seiner Schuldfähigkeit. Daß eine soziale Fehlentwicklung des Jugendlichen vorlag, ergab sich aus seinem Fehlverhalten in der kurz zuvor beendeten Schulzeit und seiner Haltung danach. Das in seiner Straftat geäußerte Fehlverhalten stand folglich in unmittelbarer Beziehung zu den insgesamt getroffenen Feststellungen. Dieser Fehlentwicklung wurde nunmehr durch das Zustandekommen eines Lehrverhältnisses sowie durch den unmittelbar bevorstehenden Beginn der Lehre, ferner durch die Unterbringung in einem Jugendwohnheim ausreichend entgegengewirkt. Das zuständige Organ Jugendhilfe hatte auch selbst die Einstellung des Ermittlungsverfahrens angeregt. Daraufhin stellte das Untersuchungsorgan das Ermittlungsverfahren nach § 75 Abs. 1 StPO ein. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß auch in diesen Fällen die Einstellungsbescheide an den Jugendlichen wie an die Erziehungsberechtigten aus erzieherischen Gründen keinen Zweifel daran aufkommen lassen dürfen, daß er eine Straftat verübt hat. Für ihn wie für die Erziehungsberechtigten ergibt sich unabhängig von der Verfahrenseinstellung die Pflicht, mit eigenen Kräften zur Überwindung der sozialen Fehlentwicklung beizutragen.

Dem Anzeigenden und dem Geschädigten ist die Einstellung des Ermittlungsverfahrens in einer Weise mitzuteilen, daß sie unterrichtet werden, wie mit der Verfahrenseinstellung gleichzeitig Erziehungsmaßnahmen zur Überwindung der sozialen Fehlentwicklung getroffen wurden. Wurden Kollektive in das Ermittlungsverfahren einbezogen, sind auch sie über die besondere Art der erfolgten Verfahrenseinstellung in Kenntnis zu setzen.

Diese Grundsätze haben unter Berücksichtigung der dargelegten Spezifik auch Gültigkeit für die Einstellung gemäß § 75 Abs. 2 StPO.